

Soll und Haben: die deutsche Wählerschaft rechnet mit den Parteien ab: Manuskript für den Tagungsband "50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland"

Gschwend, Thomas; Norpoth, Helmut

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Gschwend, T., & Norpoth, H. (2000). *Soll und Haben: die deutsche Wählerschaft rechnet mit den Parteien ab: Manuskript für den Tagungsband "50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland"*. Mannheim. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-258544>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Soll und Haben:

Die deutsche Wählerschaft rechnet mit den Parteien ab

Manuskript für den Tagungsband

„50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland“

Thomas Gschwend und Helmut Norpoth
State University of New York, Stony Brook

50 Jahre Erfahrung mit empirischer Wahlforschung in Deutschland lehrt, dass ein Model der individuellen Wahlentscheidung in einem Mehrparteiensystem ungleich komplizierter zu erstellen ist als in einem Zweiparteiensystem. Eines der grössten Probleme ist die Natur der abhängigen Variable. Eine potentielle Wählerin muss sich nicht nur zwischen zwei Parteien entscheiden, sondern hat gleich mehrere zur Auswahl. Das erschwert jeglichen Versuch enorm, die Entscheidungen individueller Wähler zu erklären.

Es ist gerade der Charm von Analysen auf der Systemebene, dass sich viele der auf der Individualebene bestehenden Relationen durch den Aggregationsprozess in Wohlgefallen auflösen. Allerdings sind gerade die Beziehungen, die im Aggregat erhalten bleiben, für uns von besonderem Interesse. Sie bestimmen was letztendlich wahlentscheidend ist: Wer gewinnt eine Wahl und warum? Nun, ganz so einfach ist das natürlich auch nicht.

Dafür gibt es mindestens zwei sich gegenseitig beeinflussende Faktoren, das Verhältniswahlrecht und die Natur des Parteienwettbewerbs in der Bundesrepublik. Beide begünstigen strategische Formen der Stimmabgabe, wobei Wähler nicht notwendigerweise für ihre meist präferierte Partei stimmen (Gschwend 1999, 2000).¹ Zudem lässt ein Vielparteiensystem, wie es die Bundesrepublik kennt, ohne weiteres keine eindeutige Bestimmung des Siegers und Verlierers einer Wahl zu. Es reicht nicht zu ermitteln, welche Partei am meisten Stimmen erhält. Nur ein einziges Mal in der Geschichte der Bundesrepublik hat eine Partei (oder besser eine Allianz von Parteien, die CDU/CSU) es geschafft, die absolute Mehrheit der Stimmen zu gewinnen. Wir wissen nur zu gut, dass die Frage "Wer regiert?" nicht nur von den Stimmergebnissen der einzelnen Parteien abhängt sondern gerade auch von den Entscheidungen der Parteien, mit wem sie eine Regierungskoalition bilden werden.

¹ Andererseits wird auch vertreten, dass solche Regeln nicht einfach vom Himmel fallen (Für die Bundesrepublik, Bawn 1993). Um die Regeln eines Wahlsystems wird stattdessen hart gerungen, wobei sich verschiedene Akteure Vorteile von bestimmten Verfahrensregeln erhoffen.

1. Der Stimmenanteil der Regierungsparteien in der 50 jährigen Geschichte

In diesem Beitrag wollen wir versuchen, die Variation des kombinierten Stimmenanteils der jeweiligen Regierungsparteien im Zeitverlauf zu erklären. Diese Grösse ist relevant, da sie das Wahlergebnis mit der Koalitionsgrammatik verzahnt. Trotz Verhältniswahlrecht und Vielparteiensystem ist der politische Prozess der Bundesrepublik durch tragfähige Muster von Koalitionsregierungen gekennzeichnet. Fast ausnahmslos wird nach folgender Regel verfahren: Eine Regierung, deren Parteien zusammen bei einer Wahl die Mehrheit der Sitze erhält, regiert weiter, während eine Regierungskoalition, der das nicht gelingt, in der bestehenden Zusammensetzung nicht im Amt bleiben wird.

Diese Regel hilft uns ungemein, die Wahlentscheidung in einem Vielparteiensystem in den Griff zu bekommen. Denn es geht jetzt um die Frage nach „Soll und Haben“ der Regierungsparteien. Überwiegt „Haben“, d.h. ist die Bilanz der Regierungsleistung in der Sicht der Wählerschaft positiv, dann gewinnen die Regierungsparteien die Wahl. Überwiegt „Soll“, dann verlieren sie die Wahl. Im nächsten Abschnitt werden wir die Theorie hinter dieser Regel näher erläutern.

Tabelle 1: Die Regierungsparteien und ihre Stimmenanteile bei Bundestagswahlen, 1949-1998.

Bundestagswahl	Regierungsparteien vor der Wahl	Stimmenanteil
1949	--- ^a	--
1953	CDU/CSU,FDP,DP	58.0%
1957	CDU/CSU,DP	53.6%
1961	CDU/CSU	45.3%
1965	CDU/CSU,FDP	57.1%
1969	CDU/CSU ^b	46.1%
1972	SPD,FDP	54.2%
1976	SPD,FDP	50.5%
1980	SPD,FDP	53.5%
1983	SPD ^c	38.2%
1987	CDU/CSU,FDP	53.4%
1990	CDU/CSU,FDP	54.9% ^d
1994	CDU/CSU,FDP	49.8% ^d
1998	CDU/CSU,FDP	44.0% ^d

^a Es bestand keine Bundesregierung vor dieser Wahl.

^b Dominante Regierungspartei in der Grossen Koalition, die nach der Wahl sofort zerbrach.

^c Alleinige Regierungspartei beim konstruktiven Misstrauensvotum, das dieser Wahl vorausging.

^d Anteil der Regierungsparteien in der alten Bundesrepublik.

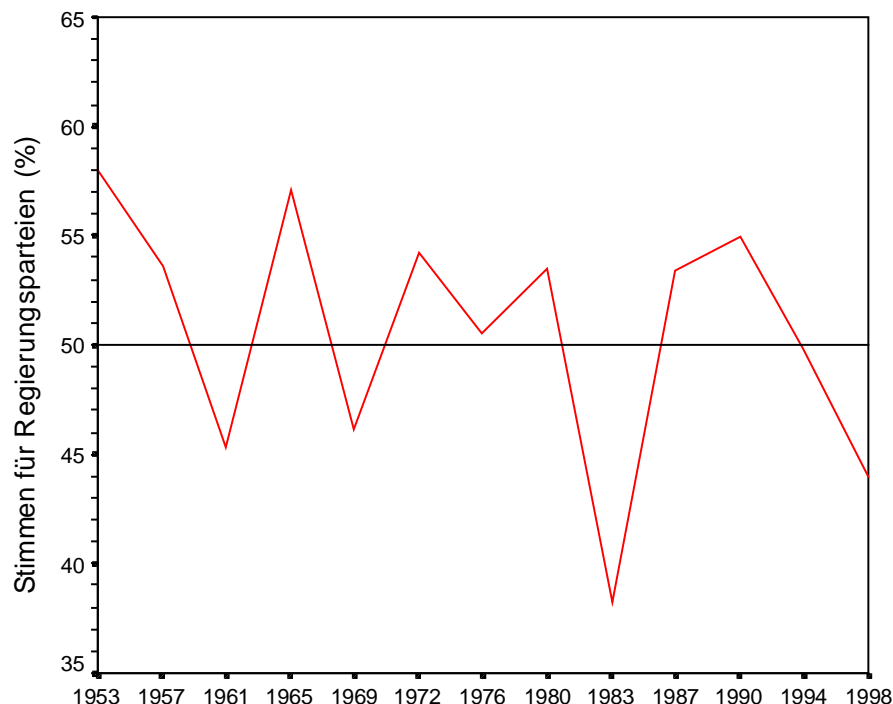
Tabelle 1 liefert einen Überblick über die Regierungskoalitionen der Bundesrepublik im Zeitablauf mit den entsprechenden Stimmenanteilen bei Bundestagswahlen. Genauer gesagt konzentrieren wir uns auf den kombinierten Stimmenanteil der vor einer jeweiligen Wahl an der Regierung beteiligten Parteien. Das sind also die Parteien, die sich um die Erneuerung ihres gemeinsamen Regierungsmandats bemühen. Insbesondere

bedeutet das aber auch, dass Parteien die im Laufe der Legislaturperiode aus der Regierung ausgeschieden sind, nicht berücksichtigt werden. Das betrifft bekanntlich zumeist die FDP.

Gemäss unserer Regel konnten wir bis auf zwei Wahlen den Anteil der Regierungsparteien ohne Mühe ermitteln. Diese beiden (1969 und 1983) erfordern jedoch eine Sonderbehandlung. Das Abweichen von Entscheidungsregeln ist immer kritisch für ein Untersuchungsdesign, aber wir haben gute Gründe dafür. Die Bundestagswahl von 1969 ist eine der Wahlen, die uns Schwierigkeiten bereitete. Auch wenn technisch gesehen die beiden Volksparteien, CDU/CSU und SPD, als Grosse Koalition in den Wahlkampf gingen, so war vielen Beobachtern klar, dass die SPD einen Partnerwechsel (mit der F.D.P.) anvisierte. Wir haben uns daher entschlossen, bei dieser Wahl nur den Stimmenanteil der CDU/CSU zu berücksichtigen. Die Union war ohne Zweifel die dominante Regierungspartei, war von Anfang an der Regierung beteiligt in dieser Legislaturperiode und stellte die Kanzler (erst Erhard und dann Kiesinger). Wir beschränken uns somit bei der Wahl von 1969 nur auf die Entlastung der Union als Regierungspartei.

Die andere Wahl, die nach einer Sonderbehandlung verlangt, ist die Bundestagswahl im Frühjahr 1983. Bekanntlich fiel Kanzler Helmut Schmidt im Herbst 1982 einem konstruktiven Misstrauensvotum zum Opfer. Rein technisch ging daher eine CDU/CSU-FDP Koalition als Regierung ins Rennen. Der eigentliche Amtsinhaber war jedoch die SPD. Die Wählerschaft rechnete in dem Masse mit der alten, SPD geführten Regierung ab, wie sie die neue CDU/CSU-FDP Regierung bestätigte. Da die FDP die Seiten wechselte, werden wir, gemäss unsere Logik, nur den Stimmenanteil der SPD bei der Wahl 1983 berücksichtigen. Die SPD wurde verantwortlich gemacht für das Regierungshandeln der sozial-liberalen Koalition.

Schaubild 1: Der Wählerrückhalt der Regierungsparteien im Zeitverlauf.



Ein halbes Jahrhundert Bundestagswahlen, zusammengefasst im Stimmenanteil der Regierungsparteien, ergibt eine Zeitreihe (Schaubild 1), die auf den ersten Blick nicht viel interessantes bietet. Weder Trends noch Zyklen sind leicht zu erkennen. Obwohl das alltäglich erscheinen mag, ist diese Tatsache von politischer und statistischer Bedeutung. Statistisch gesprochen, folgen deutsche Wahlen dem Muster eines „stationären“ Prozesses. Der Wähleranteil der Regierungsparteien im Zeitverlauf bewegt sich um einen festen Mittelwert (50.4 %) innerhalb fester Grenzen (bei einer Standardabweichung von 5.6 Punkten).

Neben der statistischen Bedeutung hat das auch eine enorme politische Aussagekraft. Im Schnitt können sich Regierungskoalitionen nur auf gute 50 % der Zweitstimmen bei der nächsten Wahl verlassen. Das bedeutet, dass ein Regierungswechsel in der Dynamik des politischen Systems liegt. Innerhalb von 13 Bundestagswahlen der bundesdeutschen Geschichte sind vier Regierungskoalitionen von den Wählern, wie wir argumentieren und im folgenden zeigen werden, nicht entlastet worden, und 1976 nur ganz knapp. Machterhalt kann nicht abonniert werden. Regierungskoalitionen verlieren ihre Macht im Schnitt nach drei Legislaturperioden. Der politische Wettbewerb floriert in der Bundesrepublik.

Diese Schlussfolgerung dürfte jedoch auf Widerspruch stossen. War nicht die CDU/CSU ganze 20 Jahre lang (1949-1969) an der Macht in Bonn? Und trifft nicht zu, dass die Stimmenentwicklung der einzelnen Parteien im grösseren Zeitrahmen (seit 1871) keineswegs stationär ist (Norpoth 1998)? Beides stimmt und erfordert gewisse Einschränkungen. Sicherlich hebt sich Wahlentwicklung der Bundesrepublik von der Geschichte ab. Der Übergang auf Bundestagswahlen zusammen mit dem Perspektivenwechsel von einzelnen Parteien zu Regierungskoalitionen eröffnet den Betrachtern eine völlig veränderte Sichtweise. Für das politische System der Bundesrepublik ist die Koalitionsgrammatik von entscheidender Bedeutung. Allerdings, und das ist ein anderes Charakteristikum deutscher Politik, bekommen völlig neue Koalitionen nur selten an die Macht. Erst bei der letzten Bundestagswahl, im Herbst 1998, war die Bilanz zwischen Soll und Haben auf Seiten der Wählerschaft so eindeutig, dass es zu einem kompletten Machtwechsel kam.

Im vorliegenden Beitrag wollen wir ein multivariates Erklärungsmodell entwerfen. Von welchen Faktoren hängt die Unterstützung der amtierenden Regierungskoalition bei der nächsten Bundestagswahl ab? Welche Mechanismen steuern die Wählerunterstützung der Regierungsparteien, wie in Schaubild 1 dargestellt? Kurzum, was entscheidet über Sieg und Niederlage einer Regierungskoalition bei einer Bundestagswahl? Natürlich verlangt jedes Modell, dass den Anspruch erhebt, beobachtbare Phänomene zu erklären, nach einer nachvollziehbaren und theoretischen Fundierung. Die Wahlforschung hat viele verschiedene Theorien und Modelle entwickelt. Sie bieten den Fundus für unsere Modelkonstruktion.

2. Theoretische Grundlagen für ein dynamisches Wahlmodell

Unsere Grundüberlegung ist, dass die Wahlentscheidung massgeblich von drei Faktoren bestimmt wird: einem langfristigen, einem kurzfristigen und einem mittelfristigen. Unsere Theorie besteht daher aus drei Grundbausteinen, die zwar im Prinzip bekannt

sind, aber nicht in den hier vorgestellten Versionen oder als Teile eines Modells für deutsche Wahlen. Während die Unterscheidung zwischen langfristigen und kurzfristigen Faktoren der Wahlentscheidung in Modellen des Wahlverhaltens wohlbekannt ist, ist unser mittelfristige Faktor bisher weniger prominent in Erscheinung getreten. Generell macht diese abstrakte Dreiteilung Sinn, da diese temporalen Faktoren sich gegenseitig ausschliessen, aber dennoch umfassend sind.

Es ist bekannt und kaum umstritten, dass für Wähler die Karten nicht vor jeder Wahl neu gemischt werden. Die Pionierstudien der Wahlforschung, *The People's Choice* (Lazarsfeld et al. 1944) und *The American Voter* (Campbell et al. 1960) haben beide eindrucksvoll bestätigt, dass für viele Wähler langfristige Faktoren der Wahlentscheidung eine entscheidende Rolle spielen. Wähler entwickeln langfristige Beziehungen zu Parteien. Die Verteilung dieser Parteibindungen kann dazu benutzt werden, eine Vergleichsgrösse zu konstruieren, mit der man das theoretische Wahlergebnis unter normalen Umständen, die sogenannte "Normalwahl", ermitteln kann (Converse 1966; Falter und Rattinger 1983). Weit mehr umstritten ist jedoch, ob diese Parteibindungen durch soziologische Prozesse induziert oder durch individualpsychologische Mechanismen erklärt werden können (Bürklin und Klein 1998; Eith 1997; Lipset und Rokkan 1967; Norpoth 1978; Pappi 1990). Darüberhinaus gibt es natürlich den vor allem in der amerikanischen Literatur ausgetragenen Streit (MacKuen et al. 1989), inwieweit die Verteilung der Parteidentifikation in der Wählerschaft unabhängig von kurzfristigen Stimmungen und Einflüssen ist. Wie auch immer dieser Disput im Speziellen ausgehen mag, sowohl 'Columbia' als auch 'Michigan-School' Anhänger sind sich einig darüber, dass Parteien auf langfristigen Rückhalt in der Wählerschaft zum Zeitpunkt der Wahl bauen können. „Stabilität-statt-Wandel“ ist das Motto, unter dem die langfristige Komponente der Wahlentscheidung in unserem Model steht.

Im Unterschied zu einem Grossteil der Literatur subsumieren wir nicht alles unter kurzfristigen Faktoren was nicht langfristig ist. Im Gegenteil, wir haben ja noch eine mittelfristige Komponente im Auge. Stattdessen gehen wir von der Prämisse aus, dass die Bewertung der amtierenden Regierungskoalition die kurzfristigen Einflussfaktoren auf die Wahlentscheidung bündeln. Die Sichtweise, dass die Bewertung der Regierung ausschlaggebend ist für die individuelle Wahlentscheidung, hat Downs (1957) in der Wahlforschung populär gemacht. Die individuelle Wahlentscheidung wird im Rational Choice Konzept reduziert zu einer Frage der Nutzenmaximierung der Wählerschaft. Das ist leichter gesagt als getan. Die Wählerschaft ist womöglich gar nicht so homogen und benutzt unterschiedliche Kriterien um die Nutzenkalkulation durchzuführen. Diese Diskussion soll an dieser Stelle auch nicht weitergeführt werden. Trotz aller Kritik an diesem Ansatz, so zeigen zahlreiche empirische Studien, liefert die Downs'sche Logik der Regierungsbewertung unter dem Gesichtspunkt der individuellen Nutzenmaximierung jedenfalls eine sehr hilfreiche, die einflussreiche Heuristik und hat viele modernere Wahlverhaltensmodelle befruchtet hat.

Neuere Konzeptualisierungen der Nutzentheorie bestätigen jedenfalls die Downs'schen Sichtweise, gemäss der es der Wählerschaft wesentlich leichter fällt, eine solche Nutzenkalkulation für die Regierung als für die Opposition anzustellen; frei nach dem Persil-Wahlspruch: "Da weis man was man hat". V.O.Key (1964: 568) bezeichnet

sogar die Regierungsbewertung bei einer Wahlentscheidung als eine Art 'Jüngstes Gericht', bei dem die Wählerschaft als „rational god of vengeance and reward“ Urteil spricht über die Regierung. Kramer (1971: 134) bringt diese Gedanken der Nutzenthese auf den Punkt, wenn er sagt:

“If the performance of the incumbent party is ‘satisfactory’ (...), the voter votes to retain the incumbent governing party (...); while if the government’s performance is not ‘satisfactory’, the voter votes against the incumbent...“.

Beide, Key und Kramer, charakterisieren die individuelle Nutzenkalkulation beim Wählen sehr ähnlich. Die Nutzenkalkulation betrifft nur die amtierende Partei. Es werden nur konkrete Leistungen, nicht aber politische Programme (policies) ausgewertet. Zudem orientieren sich Wähler an der jüngsten Vergangenheit anstatt zukünftiges Regierungshandeln einzuschätzen. Sie sind nicht prospektive sondern werden als retrospektive Wähler charakterisiert. Auf dieser theoretischen Grundlage hat Fiorina (1981) U.S. Präsidentschaftswahlen systematisch analysiert.

Wir teilen die Auffassung von Fiorina, Kramer, Key und auch Downs, dass die Bewertung der amtierenden Regierung die kurzfristig Komponente bildet, die die Wahlentscheidung bestimmt. Allerdings dominieren Koalitionen die Verhältnisse im deutschen Regierungssystem. In der Bundesrepublik kann man nicht einfach zwischen der regierenden Partei und der anderen Partei unterscheiden – wie es für das amerikanische Zweiparteiensystem angemessen ist – sondern zwischen Regierungsparteien und Parteien in der Opposition.

Die Verbindung von lang- und kurzfristigen Faktoren der Wahlentscheidung in unserem Modell, zudem basierend auf rivalisierenden Schulen der Wahlforschung, mag den Leser zurecht stutzig machen. Schliesslich zeichnen sowohl die 'Columbia-' als auch die 'Michigan-School' ein eher pessimistisches Bild der Wählerschaft, während gemäss des Rational Choice Konzepts die Wählerschaft besonders interessiert und befähigt ist. Zudem vertragen sich stabile Parteibindungen nicht gerade mit einer vorurteilsfreien Bewertung der Regierung. Beides kann nicht gleichzeitig stimmen, zumindest nicht beim gleichen Wähler. Zudem ist zu fragen, wie realistisch es ist, dass alle Wähler der gleichen Logik folgen (Rivers 1988). Es ist ja denkbar, dass eine Komponente besser das Verhalten der Stammwählerschaft beschreibt, während die andere Komponente eher das Verhalten der Wechselwähler erklärt.

Jedenfalls bietet Fiorina's (1981) Theorie des „Retrospective Voting“ einen konzeptuellen Rahmen, innerhalb dessen scheinbar widersprechende Ansätze „friedlich“ koexistieren können. Dabei werden, wie zu erwarten ist, die Unterschiede zwischen beiden Lagern etwas abgeschliffen. Einerseits macht Fiorina erhebliche Abstriche an Rational Choice Postulaten. Die theoretische Minimalanforderung an die Wählerschaft ist nunmehr, dass sie nur politisch relevante Leistungen die erbracht wurden zur Bilanzierung der Regierung heranziehen („retrospective evaluations“). Andererseits, wird die Rolle der Parteiidentifikation im Modell relativiert. Parteibindungen geniessen in soziologischen wie in individual-psychologischen Modellen des Wahlverhaltens den Status einer exogenen Variablen par excellence. Fiorina schwächt das erheblich ab und erlaubt, dass die Veränderungen der politischen Umwelt die Parteienbindungen beeinflussen können. Somit erklärt er die

Parteidentifikation zu einem "running tally of retrospective evaluations" (Fiorina 1981: Kapitel 5). Die Wähler werden als 'Bayesianer' begriffen, die ihre langfristigen Einstellungen ständig durch kurzfristige Erfahrungen auffrischen, aber ohne die Krücke langfristiger Bindungen nicht zurecht kommen.

Bleibt also nur noch die mittelfristige Komponente in unserem Modell. Wie bereits am Anfang angedeutet, ist diese Komponente bisher weniger prominent in Erscheinung getreten. Das liegt zum Teil daran, dass sich die Wahlforschung hauptsächlich mit *Wählern* und nicht mit *Wahlen*, das heisst nicht mit den von Wahl zu Wahl verschiedenen Umständen (Kontexten) befasst, die in Querschnittsanalysen konstant bleiben. Systematische Effekte dieser Art können jedoch beobachtet werden, wenn die Dynamik von Wahlergebnissen im Zeitverlauf untersucht wird. Es wäre unverzeihlich, derartige Information nicht zu verwenden. Das Modell wäre fehlspezifiziert. Unsere mittelfristige Komponente versucht, eine solche systematische Dynamik zu beschreiben.

Allerdings mangelt es an theoretischen Ansätzen wie auch an empirischen Befunden, die Aufschluss geben, wie denn eine solche mittelfristige Dynamik verlaufen könnte. Paldam (1991) ist ein Pionier auf diesem Gebiet. Seine These besagt schlicht, dass Regieren Stimmen kostet („the cost of ruling“). In einer international vergleichenden Studie kann er zeigen, dass unabhängig vom Wahlsystem, der Parteienstruktur oder der Grösse eines Landes, Regierungsparteien von Wahl zu Wahl Stimmen verlieren.² In der Tat ist das gar nicht so neu. Aufmerksame Leser des *American Voter* finden im Schlusskapitel folgende Beobachtung:

“A majority party, once it is in office, will not continue to accrue electoral strength; it may preserve for a time its electoral majority, but the next marked change in the party vote will issue from a negative response of the electorate...” (Campbell et al. 1960: 554).

Im amerikanischen Regierungssystem verliert die amtierende Partei die Präsidentschaft im Schnitt nach zwei bis drei Wahlperioden (Norpoth 1998). Aber auch für deutsche Verhältnisse wurde die „Abnützung der Regierungsparteien“ vermerkt (Kaack 1971: 124-128), allerdings bisher nur für die Zeit der Weimarer Republik. Im politischen System der Bundesrepublik, so unsere Erwartung, wird sich der Abnützungsprozess negativ auf die Wiederwahlchancen der Regierungskoalition auswirken.

Zusammenfassend bleibt also festzustellen, dass unser Erklärungsmodell für Wahlverhalten aus drei Grundbausteinen besteht. Erstens können sich Parteien eines *längerfristigen* Wählerrückhalt sicher sein. Zweitens bewirkt die *mittelfristige* Dynamik einen Abnützungseffekt der Regierungsunterstützung. Drittens bestimmt die Bilanzierung der Regierungstätigkeit der amtierenden Koalition *kurzfristig* die

² Paldam notiert allerdings die Bundesrepublik als eine Ausnahme von dieser Regel. Dies mag daran liegen, dass nur acht Bundestagswahlen (1957-1983) untersucht wurden. Wenn die weiteren Bundestagswahlen mit einbezogen werden, dann entspricht die Bundesrepublik mit einem Schätzwert von -1.7 der Regel. Paldam bezifferte den durchschnittlichen Verlust von Regierungen auf -1.6 (Paldam 1991: 19). Nannestad und Paldam (2000) versuchen mittlerweile verschiedene Erklärungsmuster für die "Cost-of-Ruling" These empirisch zu überprüfen.

Wahlentscheidung. Nun gilt es, diese theoretischen Überlegungen zu operationalisieren, um sie einem empirischen Test zu unterwerfen.

3. Konstruktion eines dynamischen Erklärungsmodells

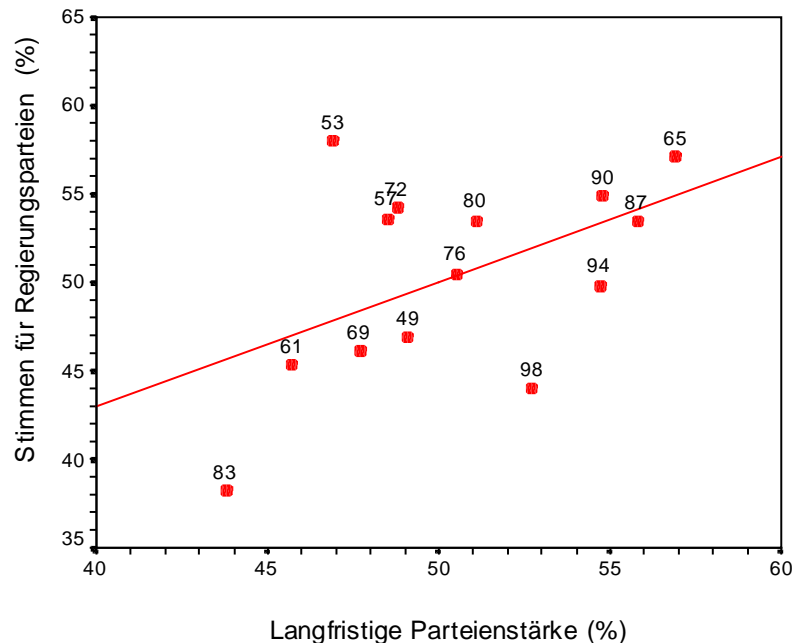
Wer sich anschickt, ein Modell des Wahlverhaltens für einen Zeitraum von 50 Jahren zu entwickeln und zu testen, muss sich auf Hindernisse gefasst machen. Vergleichbare oder gar identische Messinstrumente liegen kaum vor. Für die Operationalisierung des langfristigen Wählerrückhalt einer Partei greifen wir daher eine Idee von Tufté (1978) auf und verwenden tatsächliche Ergebnisse von vergangenen Bundestagswahlen. Es ist ein Vorteil dieses Vorgehens, dass die entsprechenden Werte natürlich fehlerfrei gemessen werden können. Im Unterschied zu Umfragedaten muss man sich hier nicht um fehlende Daten, unentschiedene Befragte oder die Unsicherheit mit der Wahlabsichtsfrage sorgen. Die Idee ist, dass sich der langfristige Wählerrückhalt einer Partei im Durchschnitt über einige Wahlen hin manifestiert. Die kritische Frage ist dann, wie lange man den Zeitrahmen hierfür fassen möchte. Wegen der geringen Anzahl an Bundestagswahlen in der noch relativ jungen Bundesrepublik werden wir diesen Rahmen eher eng fassen. Wir definieren daher den langfristigen Wählerrückhalt einer Partei, die *langfristige Parteienstärke*, als das „Gleitende Mittel“ der Zweitstimmenergebnisse dieser Partei in den letzten *drei* Bundestagswahlen.

Dieses Vorgehen hat einen gewissen Charm. Die so konstruierte Variable steht zur abhängigen Variablen in einem eindeutigen exogenen Verhältnis, was ja gerade so oft an dem Parteiidentifikationskonzept kritisiert wird. Da wir uns auf die letzten drei Bundestagswahlen beschränken, trägt unsere Variable sozialstrukturellen Veränderungen Rechnung und kann daher als Fiorina's „running tally“ verstanden werden. Zudem wird unsere Variable für den langfristigen Wählerrückhalt auf der selben Skala gemessen wie die abhängige Variable.

Definitionsgemäss fehlen uns bei diesem Vorgehen Werte für die ersten drei Bundestagswahlen. Die Zahl der Bundestagswahlen ist jedoch zu klein, als dass wir auf diese Verzicht leisten könnten. So kommen wir nicht umhin, Sonderregelungen für diese Wahlen zu treffen. Für die Bundestagswahlen 1953 und 1957 nehmen wir statt eines „Gleitenden Mittel“ nur den Wert der unmittelbar zurückliegenden Wahl. Das hat zur Folge, dass wir auf die erste Bundestagswahl, ausser als Wert für 1953, verzichten müssen.³ Diese Sonderbehandlung ist auch substantiell gerechtfertigt. Die 'Gründerjahre' der Bundesrepublik sind gekennzeichnet durch Verschiebungen und Konsolidierungen im deutschen Parteiensystem. Es ist weniger wahrscheinlich, dass Parteienbindungen sich im gleichen Mass wie ab den 60er Jahren konstituieren, falls sie überhaupt schon existierten. Es ist daher gerechtfertigt, sich auf das Ergebnis der direkt zurückliegenden Wahl zu beschränken, um dieser Dynamik Rechnung zu tragen.

³ Man könnte natürlich die Landtagswahlen 1946/47 heranziehen, um für 1949 einen Wert der langfristigen Parteienstärke ad-hoc zu konstruieren. Aber dies hilft nicht bei den anderen Komponenten des Modells, sodass wir letztlich auf die erste Bundestagswahl als eigenständigen Fall in unserem Modell verzichten.

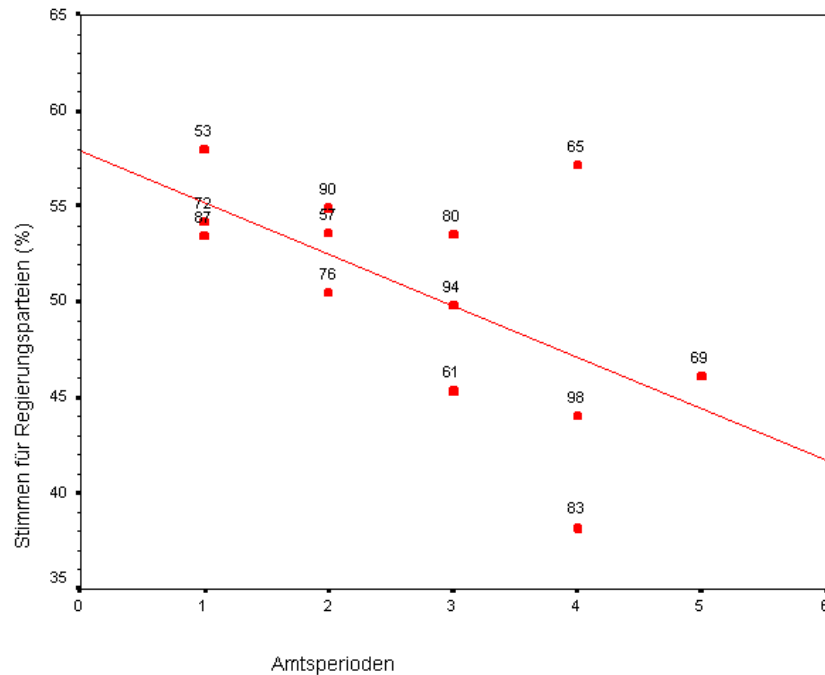
Schaubild 2: Langfristige Parteienstärke und Stimmen für Regierungsparteien



Das obige Schaubild zeigt, wie ausgeprägt der Zusammenhang zwischen unserer langfristigen Komponente und dem Stimmenanteil der Regierungsparteien ist ($r = .50$). Wahlen, die knapp an die geschätzte Regressionsgerade herankommen, können als „Normalwahlen“ bezeichnet werden. Zur Schätzung der Ergebnisse von „Normalwahlen“ reicht es aus, sich auf die langfristige Komponente in unserem Modell zurückzuziehen. Mittelfristige oder kurzfristige Faktoren spielen keine Rolle oder heben sich zumindest gegenseitig auf.

Die mittelfristige Komponente in unserem Modell wird durch den Abnützungsprozess der regierenden Parteien bestimmt. Dafür verwenden wir die Anzahl der Amtsperioden, die eine Regierungskoalition am Wahltag aufweist. Theoretisch würde es mehr Sinn machen, diese Dynamik als nicht-linearen Prozess zu bestimmen. Die geringe Fallzahl zwingt uns, modelltheoretisch gesprochen, zur Sparsamkeit. Wir unterstellen daher einen einfachen linearen Zusammenhang mit negativem Vorzeichen: Je länger eine Regierungskoalition im Amt ist, desto weniger Stimmen bekommt sie bei der nächsten Wahl.

Schaubild 3: Abnützungsprozess und Stimmen für Regierungsparteien



Natürlich kann eine Regierungskoalition von einer Wahl zur anderen schon einfach deshalb Stimmen verlieren, wenn Koalitionspartner aus der Regierung ausscheiden. Diese Situation trifft vor allem auf die 50er Jahre zu. Aber wenn man sich die Ergebnisse der sozial-liberalen Koalition (1972-1983), sowie der ihr folgenden christlich-liberalen Koalition anschaut, zeigt sich jedoch dieselbe Dynamik. Zumindestens für den bivariaten Zusammenhang scheint das obige Schaubild die Hypothese, dass Regieren Stimmen kostet, zu bestätigen ($r = -.62$).⁴

Die kurzfristige Komponente in unserem Modell besteht aus der Entlastung der jeweils amtierenden Regierungskoalition. Dabei können verschiedenste Kriterien eine Rolle spielen. Die wirtschaftliche Konjunktur gehört mit Sicherheit in diesen Kreis. Der Einfluss wirtschaftlicher Faktoren auf die Wahlentscheidung ist in zahlreichen Studien nachgewiesen worden (Feld und Kirchgässner 1998; Norpoth und Goergen 1990; Norpoth et al. 1991; Rattinger 1983, 1991). Zudem kommen dynamische Modelle des Wahlverhaltens ebenfalls nicht ohne wirtschaftliche Faktoren aus (Tufte 1978; Lewis-Beck und Rice 1992). Die Wirtschaft ist jedoch nicht alles. Aussenpolitik ist ein anderes

⁴ Der aufmerksame Leser wird bemerkt haben, dass im obigen Schaubild keine Angabe zum Stimmenanteil bei der Amtsübernahme (Wahl 0) enthält. Wir beschränken uns auf den Abnützungsprozess, der mit der ersten Wiederwahl einsetzt. Das ist der erste Zeitpunkt, zu dem eine amtierende Regierung in der Analyse erscheint, das heisst sich zur Wiederwahl stellt. Die Wahl davor ist ein Fall, der noch zur ausscheidenden Regierung gehört.

denkbares Kriterium. Man denke nur an die Unterzeichnung der Westverträge, NATO Mitgliedschaft, Aufbau der Bundeswehr, Spannungen an der innerdeutschen Grenze, Berliner Mauer, Ostpolitik, NATO-Doppelbeschluss, und schliesslich die Wiedervereinigung. All diese aussenpolitische Grossereignisse haben einen Schatten auf deutsche Wahlen geworfen. Das Problem jedoch ist die geringe Fallzahl. Wir müssen sehr sparsam modellieren und dürfen keine Freiheitsgrade verschenken. Daher brauchen wir ein umfassendes Messinstrument für die Regierungsbewertung, das nicht nur auf einen Bereich beschränkt ist.

Im politischen System der Bundesrepublik steht kein anderes Mitglied der Regierung so prominent im Licht der Öffentlichkeit wie der Bundeskanzler. Sein Ansehen spiegelt ohne Zweifel das Ansehen der gesamten Regierung wider. Zufriedenheit mit der Arbeit der Regierung hebt sein Ansehen in der Bevölkerung. Sinkt die Kanzlerunterstützung ist das ein Zeichen, dass die Bevölkerung die Regierungstätigkeit kritischer betrachtet. Wir halten die Kanzlerunterstützung für das beste Instrument, die öffentliche Bewertung der Regierungstätigkeit sparsam und zugleich umfassend zu messen. Natürlich spielen Wirtschaft und Aussenpolitik neben anderen Themen eine Rolle für die Wahlentscheidung. Dieser Einfluss, so geben wir zu bedenken, kann jedoch nur über eine Leistungsbewertung, wie etwa die Kanzlerunterstützung, spürbar werden.

Da keine durchgehende Zeitreihe der Kanzlerunterstützung für den Zeitraum 1949-1998 verfügbar ist, müssen wir auf der Basis unterschiedlicher Frageformulierungen ein vergleichbares Messinstrument konstruieren. Zum überwiegenden Teil entnehmen wir die Fragen den deutschen Wahlstudien und stützen uns von 1972 an auf die klassische Frage der Forschungsgruppe Wahlen nach dem gewünschten Bundeskanzler (Norpoth 1977). Für die Wahlen in den 50er Jahren und auch wegen der besonderen Umstände der Wahl 1983, greifen wir auf die Frage nach der Zustimmung zur Regierungspolitik des Bundeskanzlers zurück („Sind Sie mit der Politik von Kanzler [Name] einverstanden?“)⁵. Soweit wie möglich benutzen wir den jeweiligen Mittelwert in den Erhebungen ein bis zwei Monate vor dem Wahltag.⁶

⁵ Die monatlichen Angaben zu dieser Frage, erhoben vom Institut für Demoskopie Allensbach im Zeitraum von 1950 bis 1983, sind verfügbar vom Zentralarchiv.

⁶ Zur Konstruktion dieser Variable für die Wahlen 1961 bis 1976, siehe Norpoth (1977, Fussnote 34). Da im gesamten Zeitraum der Analyse (1953-1998) der Anteil der Unentschlossenen/Meinungslosen stark variiert, haben wir die Kanzlerunterstützung unter Ausschluss dieser Befragten prozentuiert. Dadurch wirken in dieser Analyse alle Kanzler populärer als sie es in Wirklichkeit waren. Da dieser Effekt allen hilft, verzerrt es die Analyse nicht.

Schaubild 4: Kanzlerunterstützung und Stimmen für Regierungsparteien

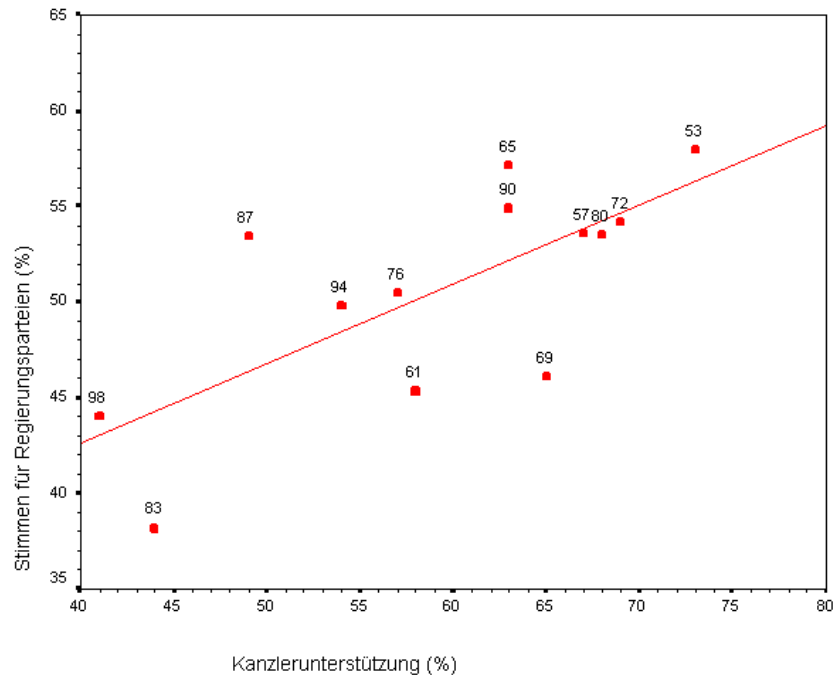


Schaubild 4 bestätigt die Hypothese, dass das Ansehen des Kanzlers vor der Wahl stark mit dem Erfolg der Regierungsparteien bei der Wahl korreliert ($r = .71$). Rein bivariat gesehen weist der kurzfristige Faktor die stärkste Korrelation mit der Wahlentscheidung auf. Bivariate Befunde dieser Art werfen jedoch immer so viele Fragen auf, wie sie Antworten liefern. In unserem Fall ist da zum Beispiel die Frage, wie scharf mittelfristige von kurzfristigen Faktoren zu trennen sind. Die Marathon-Kanzlerschaften – Adenauer und Kohl – wie man aus Schaubild 4 ersehen kann, unterliegen einem Abnützungsprozess. In der Tat korreliert Kanzlerunterstützung mit Amtsperiode zu einem gewissen Grad ($r = -.34$).⁷ Nur eine multivariate Betrachtungsweise erlaubt uns zu entscheiden, ob bei konstanter Kanzlerunterstützung der besagte Abnützungseffekt einen signifikanten Erklärungsbeitrag liefern kann.

Ein weiterer Streitpunkt betrifft die offensichtliche Tatsache, dass Kanzlerunterstützungen ohne Zweifel parteipolitisch eingefärbt sind. Auch hier gilt, dass letztendlich nur ein multivariates Modell entscheiden kann, ob es Sinn macht, langfristige von kurzfristigen Faktoren der Wahlentscheidung zu unterscheiden. Im nächsten Abschnitt werden wir auf diese Fragen eingehen und den Nachweis liefern,

⁷ Die beiden anderen Korrelationen, sowohl die längerfristige Parteienstärke und die Kanzlerunterstützung ($r = -.12$) als auch die längerfristige Parteienstärke und die Kanzlerunterstützung ($r = -.08$), sind sehr klein.

dass unser dynamisches Modell mit seinen drei Komponenten eine schlüssige Erklärung von Wahlverhalten bei Bundestagswahlen liefert.

4. Die Statistische Prüfung des Modells

Der Test eines Erklärungsmodells ist selten ein einfacher Schritt, ganz besonders nicht bei Zeitreihen von atemberaubender Kürze wie hier. Drei unabhängige Variablen in einem linearen Regressionsmodell mit nur 13 Fällen – manche Skeptiker werden da natürlich fragen, was denn das alles soll. Wie stark kann man denn solchen Schätzwerte trauen? Die Skepsis ist nicht ungerechtfertigt.

Die Schätzwerte der Parameter können wir unbesorgt interpretieren, auch wenn die Fallzahl klein ist. Problematisch sind jedoch ihre Standard Fehler, also die geschätzte Genauigkeit dieser Parameter. Die Schätzung der Standard Fehler setzt voraus, dass der Fehlerterm im Regressionsmodell normalverteilt ist. Das ist bekanntlich keine sonderlich strenge Annahme, wenn man nur genügend Beobachtungen hat. Das ist bei unseren Analysen aber leider nicht der Fall. Wer möchte schon seine Hände dafür ins Feuer legen, dass der Fehlerterm in unserem Modell mit 13 Fällen auch nur annähernd normalverteilt ist? Eine Lösung, um dennoch „korrekte“ Standard Fehler zu bekommen, firmiert in der Literatur (Western 1995, Mooney 1996) unter dem Namen „bootstrapping“. Bei diesem nichtparametrischen Verfahren werden sozusagen Verteilungsannahmen durch computertechnisch aufwendigere Berechnungen ersetzt.⁸ Das stellt beim heutigen Stand der Computertechnik allerdings kein Problem mehr dar.⁹

⁸ Die Idee des „bootstrapping“ ist recht intuitiv. Statt eine bestimmte Verteilung anzunehmen wird die Stichprobenverteilung der Koeffizienten, die sogenannte „Bootstrap-Verteilung“, simuliert. Der Rest ist wie gehabt. Die Standardabweichung des Mittelwertes ist der geschätzte Standard Fehler des Regressionskoeffizienten. Da dieser Standard Fehler nicht wie normal auf der Stichprobenverteilung sondern auf der Bootstrap-Verteilung des entsprechenden Koeffizienten beruht, wird er als „Bootstrap Standard Fehler“ bezeichnet. Das einzig Neue an diesem Verfahren ist also die Simulation der Bootstrap-Verteilung. In unserem Fall wird die Verteilung simuliert, indem man *zufällig mit Zurücklegen* Stichproben von 13 Fällen des zugrundeliegenden Datensatzes zieht. Wendet man nun die Regression auf jede Stichprobe an, bekommt man geringe und zufällig verschiedene Werte für die jeweiligen Koeffizienten. Diese bilden die Bootstrap-Verteilung der Koeffizienten. Eine Faustregel besagt, dass man mit 1000 zufälligen Ziehungen und damit 1000 zufällig verteilten Regressionskoeffizienten auf der sicheren Seite ist, d.h. die Bootstrap-Verteilung die „wahre“ Stichprobenverteilung hinreichend genau approximiert. Western (1995) und Mooney (1996) zeigen anhand von Replikationen zahlreicher politikwissenschaftlicher Studien, dass viele Resultate andere Interpretationen und Schlussfolgerungen mit sich bringen, wenn die Argumentation auf der Signifikanz von Koeffizienten mit Bootstrap Standard Fehlern beruht, statt fälschlicherweise auf herkömmlichen Standard Fehlern zu bauen.

⁹ Gebräuchliche Statistik Software Pakete - wie z.B. Stata 6.0 - haben Bootstrap bereits als Routinefunktion integriert.

Tabelle 2: Test des multivariaten Erklärungsmodells für Bundestagswahlen, 1953-1998.

Abhängige Variable Stimmenanteil der Regierungsparteien			
Unabhängige Variablen	Parameter	(SF)	(BSF)
<i>Langfristige Parteienstärke</i>	0.76***	(.10)	(.14)
<i>Abnützungsprozess</i>	-1.50*	(.35)	(.49)
<i>Kanzlerunterstützung</i>	0.39***	(.05)	(.06)
<i>Konstante</i>	-6.55	(6.61)	(9.47)
\bar{R}^2	0.936		
SER	1.46		
(N)	(13)		
Durbin-Watson d	1.76		
* p < .05 ** p < .01 *** p < .001			
SF: Standard-Fehler (übliche Methode)			
BSF: Standard-Fehler (Bootstrap Methode)			

In Tabelle 2 fassen wir die Schätzergebnisse unseres Modells zusammen. Auffällig ist, dass unser Modell eine überwältigende Erklärungskraft besitzt. Nur gute 6 Prozent der Varianz in den Stimmenanteilen der Regierungsparteien bleiben in der Zeit von 1953 bis zur letzten Bundestagswahl 1998 unerklärt. Darüberhinaus weichen die Schätzwerte von den tatsächlichen Ergebnissen im Schnitt nur um knapp 1.5 Prozentpunkte ab. Ein solch präzises Ergebnis ist umso erstaunlicher, desto länger wenn man sich die kleine Fallzahl vor Augen hält. Beim Vergleich der zweiten und dritten Datenspalte kann man unschwer erkennen, dass die Bootstrap Standard Fehler (BSF) geringfügig grösser sind als die herkömmlichen Standard Fehler (SF). Da wir keinesfalls die Signifikanz-Tests zu unsern Gunsten konstruieren wollen, beruhen die p-Werte der Signifikanz-Tests auf den 'konservativeren' Bootstrap Standard Fehlern. Jedoch selbst wenn wir so konservativ wie möglich vorgehen, haben unsere drei Komponenten das richtige Vorzeichen und sind statistisch höchstgradig signifikant. Zudem spricht für die Güte des Modells, dass die kurzfristige Komponente 'Signifikanz-Spitzenreiter' ist, gemessen am Verhältniss von Koeffizienten und (Bootstrap) Standard Fehler. Die 'Soll-und-Haben'-Abrechnung am Wahltag erfasst die kurzfristigen Fluktuationen der Wahlentscheidung, und sorgt somit für die Präzision des Modells.

Es zeigt sich demnach, dass es richtig war, für ein dynamisches Modell die klassische Zweiteilung der Querschnittsanalysen von kurz- und langfristigen Faktoren um eine mittelfristige Komponente zu erweitern. Jede der drei Komponenten hat einen eigenständigen Erklärungsanteil. Befürchtungen etwa, dass die mittelfristige Komponente nichts neues bringt und von den beiden anderen Komponenten absorbiert wird, bzw. dass die Kanzlerunterstützung von der langfristige Parteienstärke dominiert wird, haben sich, wie wir zurecht vermuteten, nicht bestätigt. Die Regressionsergebnisse belegen eindrucksvoll, dass es unabdingbar ist, Erklärungen der Wahldynamik auf ein ausgereifteres theoretisches Fundament zu stellen. Nicht nur lang- und kurzfristige

Faktoren sondern auch mittelfristige Faktoren müssen zur Analyse berücksichtigt werden.

Ist das nun zu schön um wahr zu sein? Drei Variablen lösen ein halbes Jahrhundert Bundestagswahlen in empirischem Wohlgefallen auf. Zudem sind diese Variablen in der Wahlforschungsliteratur verortet. Potenzielle alternative Spezifikationen sind natürlich möglich. Wie bei der Diskussion der kurzfristigen Komponente bereits angedeutet wurde, sind ökonomische Konjunkturvariablen oder aber aussenpolitische Einflüsse plausible Alternativen. Drei wirtschaftliche Indikatoren werden in entsprechenden Modellen häufig genannt. Wirtschaftliche Wachstum (jährliche Veränderungsrate des realen Bruttoinlandprodukt), die jährliche Arbeitslosenquote und die Preissteigerungsrate.¹⁰ Den aussenpolitische Einfluss auf eine Wahl messen wir, indem wir Bundestagswahlen kategorisieren je nach dem, ob ein aussenpolitisches Thema eine positive, negative oder gar keine Rolle gemäss des üblichen Geschichtsverständnis spielte.¹¹ Tabelle 3 gibt einen Überblick über die Ergebnisse konkurrierender Modellspezifikationen.

Lange Rede kurzer Sinn: Die Ergebnisse von Modell 1 bis Modell 4 sprechen dieselbe Sprache. Weder verschiedene ökonomische Faktoren, noch aussenpolitische Einflüsse wirken sich signifikant auf den Stimmenanteil der Regierungsparteien über die bereits erprobten Komponenten hinaus aus. Die Parameter-Schätzwerte unserer drei Komponenten behaupten sich äusserst robust in unterschiedlichen Modellspezifikationen. Die Berücksichtigung ökonomischer oder aussenpolitischer Erklärungs determinanten macht sich im Modell daher nicht bezahlt.

Zusätzlich zu den vier alternativen Modellen in Tabelle 3 haben wir ein reines Wirtschaftsmodell mit den drei ökonomischen Indikatoren gerechnet. Nicht eine einzige Variable ist signifikant. Dieses Ergebnis ergibt sich auch, wenn nur die Veränderungsraten seit dem letzten Jahr oder der letzten Wahl berücksichtigt werden. Das ist beruhigend. Schliesslich mögen wirtschaftliche Faktoren zweifellos wichtig sein für eine Wahlentscheidung, aber der Primat liegt bei politischen Faktoren, nämlich der langfristigen Parteienstärke, der kurzfristigen Bewertung der Regierungsleistung und der mittelfristigen Abnützung im Amt. Demnach können die anderen Faktoren bestenfalls indirekt auf die Wahlentscheidung einwirken. Entsprechend unserem Modell müssen ökonomische oder aussenpolitische Faktoren ihren Einfluss über die Bewertung der Regierungsleistung geltend machen. Die Hypothese, dass diese Faktoren die Popularität des Regierungschefs bestimmen ist in der Literatur zur Popularität des amerikanischen Präsidenten mehrfach belegt worden (z.B. MacKuen et al. 1992; Norpoth 1996).

¹⁰ Wir verwenden durchgehend nur Werte für Westdeutschland. Für die Bundestagswahlen, die im Frühjahr 1983 bzw 1987 stattgefunden haben, verwenden wir die entsprechenden Daten des Vorjahres.

¹¹ Die aussenpolitische Verkodung der Bundestagswahlen benutzt folgendes Schema: (1) Aussenpolitik wichtig und positiv; (-1) Aussenpolitik wichtig und negativ; (0) Aussenpolitik nicht wichtig oder wichtig, aber unklar, ob positiv oder negativ. Kategorie (1) umfasst die Wahlen 1953, 1957, 1972, und 1990; Kategorie (-1) die Wahl 1961; und Kategorie (0) die restlichen Wahlen.

Tabelle 3: Modellvergleich mit ökonomischen und aussenpolitischen Erklärungsdeterminanten

Unabhängige Variablen	Konkurrierende Modellspezifikationen			
	Abhängige Variable			
	Stimmenanteil der Regierungsparteien			
	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
Langfristige Parteienstärke	.76** (.17)	.74** (.17)	.74** (.17)	.76** (.22)
Abnützungsprozess	-1.51* (.64)	-1.38* (.61)	-1.38* (.63)	-1.44 (.79)
Kanzlerunterstützung	.35*** (.09)	.39*** (.08)	.41** (.10)	.38** (.10)
Wachstum	.18 (.35)	---	---	---
Arbeitslosenquote	---	-.27 (.44)	---	---
Preissteigerungsrate	---	---	.10 (.28)	---
Aussenpolitik	---	---	---	.31 (1.69)
Konstante	-5.20 (11.7)	-5.60 (10.4)	-8.38 (11.2)	-6.22 (14.9)
\bar{R}^2	.934	0.942	0.931	0.929
SER	1.43	1.39	1.52	1.54
(N)	(13)	(13)	(13)	(13)
Durbin-Watson d	1.88	2.32	1.85	1.70

* $p < .05$ ** $p < .01$ *** $p < .001$,
Standard-Fehler für Parameter geschätzt mit Bootstrap Methode (1000 Simulationen).

5. Eine abschliessende Bilanzierung: 'Soll und Haben'

50 Jahre deutsche Wahlforschung liefern einen willkommenen Anlass zum Nachdenken und zur Rückbesinnung. Was haben wir gelernt über das Wählerverhalten der Deutschen in der Bundesrepublik? Was ist konstant geblieben, und was hat sich verändert? Welche Einsichten haben sich bestätigt, und welche sind widerlegt worden? Was hat die Untersuchung der deutschen Wählerschaft zur Theorie der Wahlentscheidung beigetragen?

Querschnittsanalysen haben in dieser Zeit viele wichtige Erkenntnisse über das Wahlverhalten liefern können. Fragen nach Konstanz oder Veränderung im Wahlverhalten können aber nur systematisch mittels eines dynamischen Modells adressiert werden. Die Bundesrepublik ist mittlerweile alt genug dafür. Die Geschichte der Bundestagswahlen ist eine Geschichte, wie wir meinen, die mehr und mehr auch im Zeitverlauf betrachtet werden sollte. Es gibt zwar wenige, aber doch ausreichend viele Datenpunkte, um erste dynamische Modelle zu entwickeln. Natürlich erfordert das zu diesem Zeitpunkt noch einige Kompromisse. Auf drei Punkte wollen wir hier besonders eingehen:

Erstens, die Datenlage lässt nur äusserst sparsame Modellierungen zu. Das soll manche vorschnelle Erwartungen dämpfen, die von ultimativen Tests zu Theorien des Wahlverhaltens träumen. Theorien mit einer Vielzahl von individual-spezifischen Variablen entziehen sich dem Zugriff, wie auch langfristige Erklärungsversuche unter dem Stichwort 'Realignment/Dealignment'.

Zweitens, die Analyse ist auf zeitreihen-taugliche Messinstrumente angewiesen. Aus dieser Sicht ist es zu begrüßen, dass erprobte Indikatoren der Wahlforschung in Umfragen institutionalisiert werden, oder dass zumindest Umfragen mit vergleichbaren Indikatoren fortgesetzt werden. Natürlich soll das nicht die Innovation auf dem Bereich der Messinstrumente behindern.

Drittens, unsere Analyse bezieht sich, streng genommen, nur auf die alte Bundesrepublik; die Neuen Länder sind in den Wahlen 1990-1998 nicht berücksichtigt worden. Es ist sicherlich nicht zu erwarten, dass sich das für westdeutsche Verhältnisse erstellte Modell reibungslos auf die ostdeutschen Bundesländer übertragen lässt (Rattinger 1994; Falter und Rattinger 1997). Ein separates Modell für die Neuen Bundesländer zu erstellen, verbietet sich allein wegen der geringen Fallzahl ($N = 3$). Für die Zukunft ist allerdings weder Ausschluss noch Sonderbehandlung der Neuen Länder eine befriedigende Lösung.

Im Moment sind Kompromisse, wie die vorliegende Arbeit sie gemacht hat, der Preis für dynamischen Wahlanalysen. Unser Modell umfasst *langfristige*, *mittelfristige* und *kurzfristige* Faktoren des Wahlverhaltens, wobei jeder dieser Faktoren mit nur einer Variable jeweils erfasst wird. Das Ergebnis beweist – was für Politikwissenschaftler zwar selbstverständlich sein sollte, aber dennoch häufig zu Kontroversen führt – dass ein politisches Phänomen wie die Wahl auch durch politische Variablen am besten zu erklären ist.

Da unser Modell enorm sparsam (mit Variablen) ist und dennoch eine erstaunlich hohe Erklärungskraft besitzt, eignet es sich auch vorzüglich für Wahlprognosen (Gschwend und Norpoth 2000). Zwei der drei Grundbausteine des Modells sind schon heute bekannt, die längerfristige Parteienstärke und der Abnützungseffekt der Rot-Grünen Koalition. Entsprechend der zu erwartenden Popularität des Bundeskanzlers können wir somit schon heute eine bedingte Prognose für die nächste Bundestagswahl 2002 erstellen.

6. Literatur

- Bawn, Kathleen, 1993: The Logic of Institutional Preferences: German Electoral Law as a Social Choice Outcome, in: American Journal of Political Science 37, 965-989.
- Bürklin, Wilhelm/Klein, Markus, 1998: Wahlen und Wählerverhalten. Eine Einführung, Opladen.
- Campbell, Angus/Converse, Philip E./Miller, Warren E./Stokes, Donald E., 1960: The American Voter, New York.
- Converse, Philip E., 1966: The Concept of Normal Vote, in: Angus Campbell, Philip E. Converse, Warren E. Miller und Donald E. Stokes (Hrsg.), Elections and the Political Order, New York, 9-39.
- Downs, Anthony, 1957: An Economic Theory of Democracy, New York.
- Eith, Ulrich, 1997: Wählerverhalten in Sachsen Anhalt: Zur Bedeutung sozialstruktureller Einflussfaktoren auf die Wahlentscheidungen 1990 und 1994, Berlin.
- Falter, Jürgen W./Rattinger, Hans, 1983: Parteien, Kandidaten und politische Streitfragen bei der Bundestagswahl 1980: Möglichkeiten und Grenzen der Normal-Vote-Analyse, in: Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1980, Opladen, 320-421.
- Falter, Jürgen W./Rattinger, Hans, 1997: Die deutschen Parteien im Urteil der öffentlichen Meinung 1977-1994, in: Oscar W. Gabriel, Oskar Niedermayer und Richard Stöss (Hrsg.), Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn, 495-513.
- Feld, Lars P./Kirchgässner, Gebhard, 1998: Offizielle und verdeckte Arbeitslosigkeit und ihr Einfluss auf die Wahlchancen der Regierung und der Parteien: Eine ökonometrische Analyse der Ära Kohl, in: Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994, Opladen, 537-570.
- Fiorina, Morris, 1981: Retrospective Voting in American National Elections. New Haven.
- Fuchs, Dieter/Kühnel, Steffen, 1994: Wählen als rationales Handeln: Anmerkungen zum Nutzen des Rational-Choice-Ansatzes in der empirischen Wahlforschung, in: Hans-Dieter Klingemann und Max Kaase (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1990, Opladen, 305-364.

- Gschwend, Thomas, 1999: Strategic Voting in Germany. Evidence employing King's Ecological Inference. Beitrag präsentiert auf der Jahrestagung der Southern Political Science Association, 3.-6. November, Savannah.
- Gschwend, Thomas, 2000: Is Ticket Splitting Strategic? Evidence from the 1998 Election in Germany. Beitrag präsentiert auf der Jahrestagung der Midwest Political Science Association, 27.-30. April, Chicago.
- Gschwend, Thomas/Norpoth, Helmut, 2000: „Wenn am nächsten Sonntag...“: Ein Prognosemodell für Bundestagswahlen, in: Hans-Dieter Klingemann und Max Kaase (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998. Opladen, im Erscheinen.
- Kaack, Heino, 1971: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen.
- Key, V. O., 1964: Politics, Parties and Pressure Groups, 5. Auflage, New York.
- Kramer, Gerald, 1971: Short-Term Fluctuations in U.S. Voting Behavior, 1896-1964, in: American Political Science Review 65, 131-143.
- Lazarsfeld, Paul F./Berelson, Bernhard/Gaudet, Hazel, 1944: The People's Choice, New York.
- Lewis-Beck, Michael S./Rice, Tom W., 1992: Forecasting Elections, Washington, DC.
- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein, 1967: Party Systems and Voter Alignments, New York.
- MacKuen, Michal B./Erikson, Robert S./Stimson, James A., 1989: Macropartisanship, in: American Political Science Review 83, 1125-1142.
- MacKuen, Michal B./Erikson, Robert S./Stimson, James A., 1992: Peasants or Bankers? The American Electorate and the U.S. Economy, in: American Political Science Review 86, 597-611.
- Mooney, Christopher Z., 1996: Bootstrap Statistical Inference: Examples and Evaluations for Political Science, in: American Journal of Political Science 40, 570-602.
- Nannestad, Peter/Paldam, Martin, 2000: The Cost of Ruling. A Foundation for two Theories. Beitrag präsentiert auf der Konferenz 'Institutions and Economic Voting', 9.-12. April, Trondheim.
- Norpoth, Helmut, 1977: Kanzlerkandidaten. Wie sie vom Wähler bewertet werden und seine Wahlentscheidung beeinflussen, in: Politische Vierteljahresschrift 18, 551-572.
- Norpoth, Helmut, 1978: Party Identification West Germany: Tracing an Elusive Concept, in: Comparative Political Studies 11, 36-61.
- Norpoth, Helmut, 1996: Presidents and the Prospective Voter, in: Journal of Politics 58, 776-792.
- Norpoth, Helmut. 1998: Wählerdynamik und Wahlprognosen: Ein deutsch-amerikanischer Vergleich, in: Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994, Opladen, 645-669.

- Norpoth, Helmut/Goergen, Christian, 1990: Regierungspopularität auf Kredit: Wirtschaftsbilanz, Wende und Wählerwille, in: Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1987, Opladen, 345–376.
- Norpoth, Helmut/Lewis-Beck, Michael S./Lafay, Jean Dominique (Hrsg.), 1991: Economics and Politics. The Calculus of Support, Ann Arbor.
- Paldam, Martin, 1991: How Robust is the the Vote Function? A Study of Seventeen Nations over Four Decades, in: Helmut Norpoth, Michael S. Lewis-Beck und Jean Dominique Lafay (Hrsg.), Economics and Politics. The Calculus of Support, Ann Arbor, 9-31.
- Pappi, Franz Urban, 1990: Klassenstruktur und Wahlverhalten im sozialen Wandel, in: Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1987, Opladen, 15-30.
- Rattinger, Hans, 1983: Arbeitslosigkeit. Apathie und Protestpotential: Zu den Auswirkungen der Arbeitsmarktlage auf das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1980, in: Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1980. Opladen, 320–421.
- Rattinger, Hans, 1991: Unemployment and Elections in West Germany, in: Helmut Norpoth, Michael S. Lewis-Beck und Jean Dominique Lafay (Hrsg.), Economics and Politics. The Calculus of Support, Ann Arbor, 49–62.
- Rattinger, Hans, 1994: Parteienidentifikation in Ost- und Westdeutschland nach der Vereinigung, in: Oskar Niedermayer und Klaus von Beyme (Hrsg.), Politische Kultur im vereinten Deutschland, Berlin, 77-104.
- Rivers, Douglas. 1988: Heterogeneity in Models of Electoral Choice, in: American Journal of Political Science 32, 737-757.
- Tufte, Edward R., 1978: Political Control of the Economy, Princeton.
- Western, Bruce, 1995: Concepts and Suggestions for Robust Regression Analysis, in: American Journal of Political Science 39, 786-817.